

# Die Rückkehr der Migrationskrise in die öffentliche Debatte

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 33/2017

## ► Wahlen in Deutschland, Italien und Österreich setzen Asylkrise auf die Tagesordnung

- ❖ *Cádiz, Andalusien, „Playa de los Alemanes“* - der „*Deutschen-Strand*“. Ein normaler Tag in der zweiten Augustwoche. Europäische Urlauber, Familien mit Kindern, genießen einen unbeschwerten Urlaubstag. Bis am Nachmittag ein Schlauchboot in der Ferienidylle landet. Zwei Dutzend illegale Einwanderer aus Schwarzafrika springen heraus, stürmen den Strand, bahnen sich ihren Weg durch die erschreckt zurückweichenden Urlauber.

Bilder wie aus *Jean Raspails* prophetischem Roman „*Das Heerlager der Heiligen*“. Szenen wie diese haben sich schon mehrfach an der andalusischen Küste abgespielt, berichtet die Tageszeitung „*El Pais*“. Etwa zur gleichen Zeit überrennen einige hundert Illegale die marokkanisch-spanischen Grenzanlagen an der **Enklave Ceuta**, triumphieren in Siegerpose und werden mit Asylverfahren belohnt, die ihnen erst einmal das Bleiben ermöglichen.

- ❖ **Die Asylkrise ist zurückgekehrt in die öffentliche Debatte und in den Bundestagswahlkampf.**

→ Aus der Realität war sie ohnehin nie verschwunden. Die etablierte Politik und die ihr ergebenden Medien haben lediglich keine Verrenkung gescheut, um die eigenen Augen und die der Bürger ganz fest zuzudrücken.

Im Wahlkampf sollte um die wichtigsten Themen gestritten werden, die die Bürger bewegen. In der letzten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 21. Juli 2017 erklärten 49 Prozent der Befragten, die Zuwanderung sei für sie das Thema Nr. 1. Seit Mai ist dieser Prozentsatz sogar erstmals wieder deutlich gestiegen, und zwar um acht Prozentpunkte.

Das Thema „*Arbeitslosigkeit*“, das die CDU mit ihrem *Versprechen der Vollbeschäftigung* beackert, bewegt dagegen laut dieser Umfrage verständlicherweise gerade einmal sieben Prozent der Wähler. Und die *Renten*, ein Hauptthema im SPD-Wahlkampf, interessieren nur zehn Prozent der Wähler. Wie verabredet haben die beiden großen Parteien Randbereiche des Wählerinteresses in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt.

- ❖ „*Eine Situation wie im Jahre 2015 soll und darf sich nicht wiederholen*“ - mit dieser banalen Ansage will das Wahlprogramm von CDU und CSU misstrauische Bürger einlullen. Falls damit gemeint war, lediglich die Bilder endloser Migrantenkolonnen zu vermeiden, die den Kontrollverlust vor aller Augen offenbart haben, schien dies vordergründig sogar gelungen.

Nicht aus eigenem Verdienst, sondern weil die Anrainerstaaten der „*Balkanroute*“ diese trotz Kritik aus Brüssel und Berlin und auf eigene Initiative und Kosten

abgeriegelt haben. Die Atempause ist längst vorüber. Die illegale Einwanderung aus Afrika und dem Mittleren Osten nach Europa hat sich andere Kanäle gesucht. Über das Mittelmeer ergießt sich von Libyen aus nach wie vor eine stete Flut illegaler Migranten nach Europa.

Die Massenmigration läuft jetzt unablässig, aber eben verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit ab: Illegale Einwanderer werden im mutwillig zerschlagenen Libyen am Fließband auf billige Schlauchboote gepackt und an der ausmanövrierten Küstenwache vorbei an den Rand der libyschen Hoheitsgewässer gebracht.

Dort werden sie von lokalen kriminellen Schleusern an die humanitären Schleuser der europäischen „*Rettungs*“-Missionen und mit modernster Technik ausgestatteten privaten „*Hilfs*“- und „*Nichtregierungs*“-Organisationen (NGOs) übergeben, um sie dann in abgeschirmten italienischen Häfen anzulanden und bei Nacht und Nebel auf entlegene Zwischenlager zu verteilen, wo sie auf ihre Chance warten, ins gelobte Merkelland weiterzuziehen.

Das stillschweigende Kalkül, die „Um- und Neuansiedlung“ der in Italien angesammelten Migrantenmassen auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben, ist indes offen kundig nicht aufgegangen. Die Wahlen, die auch in Österreich und Italien bevorstehen, haben Bewegung in die öffentliche Wahrnehmung der Migrationskrise gebracht.

In Italien, das seit Jahresbeginn schon wieder hunderttausend Mittelmeer-Migranten empfangen hat, kippt die Stimmung und setzt die Herrschenden unter Druck. Die Aufnahmelager sind überfüllt, die Regierung in Rom droht, den von Merkels Signalen angelockten Asylwärtern zweihunderttausend Visa auszustellen und sie nach Norden durchzuwinken, Österreich erwägt, gegen den erwarteten Ansturm die Brennergrenze militärisch zu sichern.

Plötzlich auch verlangt der italienische Innenminister den NGO-Schiffen die Unterzeichnung eines Verhaltenskodex, ohne den sie keine italienischen Häfen mehr ansteuern dürfen. Rom ließ bereits mehrere NGO-Schiffe, auch aus Deutschland, wegen des Verdachts der Beihilfe zur Schlepperei festsetzen.

Die spektakuläre Aktion einer Gruppe von französischen, italienischen, deutschen und österreichischen Aktivisten der „*Identitären Bewegung*“ (IB) hat dazu beigetragen, dass das absurde Treiben der humanitären Schlepper nicht mehr ignoriert werden kann.

Medienwirksam lenken sie mit einem eigenen, über Spenden finanzierten Schiff Aufmerksamkeit auf die absurden Zustände im Mittelmeer. Ihr Schiff „*C-Star*“ kreuzt die Routen der NGO-Schiffe, beobachtet die Schleppertätigkeit und fordert dazu auf, Migranten nicht mehr auf europäischem, sondern wieder auf sicherem afrikanischen Boden abzusetzen.

► **Die Wahlkampfplügen der Regierungsparteien zerplatzen vor diesen Realitäten wie Seifenblasen.**

Auch in Deutschland steht die Asylkrise wieder auf der Tagesordnung. Um sie abzu

wenden, muss Europa seine Grenzen schließen und illegale Migranten strikt zurückschicken. Die Mitgliedstaaten müssen die Häfen sperren und den humanitären Schleusern das Handwerk legen - nicht nur mit ein paar zaghaften kritischen Worten des Bundesinnenministers, sondern mit politischem und juristischem Durchgreifen.

Und Deutschland muss die Fluchtursache Nummer eins bekämpfen: Die großzügige Alimentierung aller Illegalen, die es über die Grenze schaffen und keine Zurücksendung fürchten müssen. Das sind die Themen, über die im Wahlkampf zu sprechen sein wird.